

Petition

Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen: Für eine faire Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit

Forderung der Petition:

Der Deutsche Hauswirtschaftsrat und die Initiative Equal Care Day fordern die Bundesregierung und den Bundestag gemeinsam mit den Mitzeichner*innen dieser Petition dringlich dazu auf:

Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen zeitnah einzuführen, um eine faire Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit und Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern zu fördern und den Gender Care Gap zu bekämpfen.

Bitte unterzeichnen Sie hier: www.openpetition.de!/zuschuesse



Begründung:

Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen zeitnah einzuführen, um Familien und insbesondere Frauen bei der alltäglichen unbezahlten Sorgearbeit zu entlasten.

Obwohl die Gesamtarbeitszeit von erwerbstätigen Frauen und Männern fast identisch ist, wenden Frauen dabei deutlich mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit als für Erwerbsarbeit auf (EIGE 2020). Diese Zeitlücke wird im Gender Care Gap erfasst. Die Übernahme von Tätigkeiten im Haushalt, bei der Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen bringt insbesondere für Mütter aufgrund von häufiger Teilzeit und längeren beruflichen Auszeiten erhebliche Nachteile: Frauen im Alter von Mitte 30 werden ein um 62 % (West) bzw. 48 % (Ost) geringeres Lebenserwerbseinkommen (Gender Lifetime Earning Gap) als Männer erhalten (BMS 2020). Das führt schließlich zu einer deutlichen Rentenlücke (Gender Pension Gap).

Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: 32 % der Nutzer*innen haushaltsnaher Dienstleistungen geben an, dadurch mehr Zeit für berufliche Ziele zu haben (Forsa 2019). Sie stellen ein effektives Instrument zur Bekämpfung der Gender Gaps dar und tragen dazu bei, die weitverbreitete Schwarzarbeit (90% der Arbeitsverhältnisse) im Haushalt zurückzudrängen (Enste 2019). Eine aktive Gestaltung des haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungssektors mit Aufstiegschancen ist für eine pandemiefeste Volkswirtschaft im 21. Jahrhundert notwendig.

Verschiedene Studien zeigen, dass die Zuschüsse zu positiven volkswirtschaftlichen „Earn-Back-Effekten“ führen: höhere Einkommen- und Umsatzsteuereinnahmen durch Bekämpfung der Schwarzarbeit, höhere Sozialabgaben durch legale Beschäftigung in Privathaushalten und mehr weibliche Fachkräfte für Unternehmen.

Das Vorhaben, Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen einzuführen, wurde im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD (ab Zeile 1012) vereinbart und in der Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung (2020) angekündigt – eine Umsetzung ist bis heute nicht erfolgt.

Mit unserer Petition schließen wir uns mit Vehemenz der Forderung der EU-Ratsschlussfolgerung 3367/20 an, die alle EU-Mitgliedstaaten auffordert, „die Externalisierung direkter und indirekter unbezahlter Betreuungsarbeit zu fördern, (...) indem die Möglichkeit geprüft wird, berufstätige Eltern, Alleinerziehende oder betreuende Angehörige (...) bei der Inanspruchnahme von personenbezogenen und Haushaltsdienstleistungen finanziell zu unterstützen (...).“

Die Einführung von Zuschüssen dient zusammenfassend folgenden Zielen:

- Faire Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit
- Weibliche Qualifikationspotentiale nutzen und Fachkräftemangel bekämpfen
- Schwarzarbeit bekämpfen und haushaltsnahe Dienstleistungen bezahlbar machen
- Gute Arbeit für haushaltsnahe Dienstleistungsfachkräfte mit Aufstiegswegen schaffen
- Erhebliche volkswirtschaftliche „Earn-Back-Effekte“ generieren.

